Vollständiger Name und vollständige Anschrift des Antragstellers/ der Antragstellerin:

Steuer-Nr. des Antragstellers/ der Antragstellerin:

Mit meiner/unseren\* Unterschrift/en erkläre/n ich/wir\*, dass ich/wir\* die Mehrwert-/Umsatzsteuer als Teil der zuschussfähigen Ausgaben des Förderprojektes:       tatsächlich und endgültig tragen werde/n\* und ich/wir\* nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt bin/sind\*. Dieser Umstand soll auch zukünftig, bspw. durch Ausübung nachträglicher Optionsmöglichkeiten, nicht verändert werden.

Sofern ich/wir\* einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb führe/n\*, der nach den allgemeinen Vorschriften des Umsatzsteuerrechts besteuert wird und damit zum Vorsteuerabzug berechtigt, bestätige/n ich/wir\* ausdrücklich, dass das v. g. Förderprojekt dem nicht zum Vorsteuerabzug berechtigten ideellen Bereich zuzurechnen ist.

Sofern es sich um einen steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb handelt, werde/n ich/wir\* eine Zuordnung des Fördervorhabens zum ideellen Bereich durch meinen/unseren\* Steuerberater bzw. Wirtschaftsprüfer mit dem Schlusszahlungsantrag vorlegen.

Mir/uns\* ist bekannt, dass ich/wir\* nach § 1 des schleswig-holsteinischen Subventionsgesetzes (LSubvG) i. V. m. § 3 des Subventionsgesetzes (SubvG) zur Mitteilung aller subventionsrechtlich relevanten Angaben und damit auch von Änderungen zur Vorsteuerabzugsberechtigung oder zur Unternehmereigenschaft verpflichtet bin/sind\* und die Bewilligungsstelle umgehend davon zu unterrichten habe/n\*. Mir/uns\* ist bekannt, dass eine nachträgliche Vorsteuerabzugsberechtigung dazu führt, dass die Mehrwert-/Umsatzsteuer insgesamt nicht förderfähig und mit einer entsprechenden Kürzung der Zuwendung zu rechnen ist.

Mir/uns\* ist bekannt, dass meine/unsere Angaben zur Vorsteuerabzugsberechtigung Angaben zu subventionserheblichen Tatsachen im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch („Subventionsbetrug“) sind.

\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

Ort, Datum Unterschrift/en\* des Antragstellers/der Antragstellerin

bzw. der/des Vertretungsberechtigten des Antragstel-

lers/ der Antragstellerin

**Information der Bewilligungsbehörde für Begünstigte mit Förderung der MwSt.-Anteile aus dem ELER**

**Entbindung der Finanzbehörde vom Steuergeheimnis**

Im Rahmen der Schlusszahlung zu dem Vorhaben werden die Angaben des Begünstigten durch das zuständige Finanzamt geprüft. Diese Prüfung wird von Amts wegen durch die Bewilligungsbehörde veranlasst. **Der Antragsteller bzw. die Antragstellerin stimmt zu, dass das zuständige Finanzamt der Bewilligungsbehörde die notwendigen Auskünfte offenbart (§ 30 Abgabenordnung).**

Vorsätzlich falsche Angaben des Begünstigten zur Vorsteuerabzugsberechtigung oder das Versäumnis, erforderliche Informationen zu liefern, führen zum Förderausschluss des Vorhabens von der ELER-Förderung und zur Rückforderung bereits für das Vorhaben gezahlter Beträge.

Nach § 6 Subventionsgesetz ist die Bewilligungsbehörde darüber hinaus verpflichtet, Tatsachen, die den Verdacht eines Subventionsbetruges gemäß § 264 Strafgesetzbuch begründen, den Strafverfolgungsbehörden mitzuteilen.

Ort, Datum Unterschrift/en des Antragstellers/ der Antragstellerin

bzw. der/des Vertretungsberechtigen des Antragstel-

lers/ der Antragstellerin